

Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW

Servicestelle für Einbürgerungsfragen in NRW

NEWSLETTER ZUR EINBÜRGERUNG

Nr. 12/02/2010 vom 24.03.2010

www.einbuergern.de

Schauen Sie einfach mal in unserem WebBlog & Forum:

<http://einbuergern.wordpress.com/>

<http://einbuergern.wordpress.com/umfragen/>

http://www.einbuergern.de/content/e3025/index_qer.html

Liebe Leserinnen und Leser,



In dieser Ausgabe haben wir den Schwerpunkt der Mehrstaatigkeit gewidmet.

Nach Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart bekommt eine 14 jährige Türkin Anspruch auf Einbürgerung unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Hier zeigt dass die „Unzumutbarkeit“ doch ein Grund für Mehrstaatigkeit seien kann.

Das Foto: bagfw.de

<http://vgstuttgart.de/servlet/PB/menu/1250673/index.html?ROOT=1192939>

INHALT

1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft in der EU:
 - a. Hinnahme der Mehrstaatigkeit bei Einbürgerung einer minderjährigen türkischen Staatsangehörigen.
 - b. SPD-Bundestagsfraktion legt Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vor.
2. Soziales und Integration:
 - c. Doch nicht zu links für den deutschen Pass!
 - d. Gezerre um Einbürgerung: Linke darf Deutsche werden.
3. Interkulturelles und Vielfalt:
 - e. Bürger stellen sich gegen rechte Proteste im Ruhrgebiet.
4. Solidarität und Fairness:
 - e. Bessere Ausstattung für Frontex und mehr Schutz für Einwanderer.
5. Aktuelles:
 - f. Auftakt des Nürnberger Schülercampus "Mehr Migranten werden Lehrer".
6. Curriculum Einbürgerung:
 - h. Engagement gegen Rechtsextremismus stärken - Kindern und Jugendlichen Alternativen bieten.

1. Einbürgerung und Staatsbürgerschaft

a. Hinnahme der Mehrstaatigkeit bei Einbürgerung einer minderjährigen türkischen Staatsangehörigen

Quell: Verwaltungsgericht Stuttgart. Datum: PRESSEMITTEILUNG vom 16.02.2010

Die 11. Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart hat mit jetzt rechtskräftigem Urteil der Klage einer 14 Jahre alten türkischen Staatsangehörigen stattgegeben, die trotz

Fortbestehens ihrer türkischen Staatsangehörigkeit eingebürgert werden wollte (Az.: 11 K 3612/09). Denn der türkische Staat, so das Verwaltungsgericht, mache ihre Entlassung aus der Staatsangehörigkeit von unzumutbaren Bedingungen abhängig.

<http://vgstuttgart.de/servlet/PB/menu/1250673/index.html?ROOT=1192939>

b. SPD-Bundestagsfraktion legt Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vor

Quelle: Wider den Optionszwang und Aktionsbüro Einbürgerung. Datum: 15.03.2010

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 23. Februar 2010 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (DS 17/773) in den Bundestag eingebracht.

Nach diesem Gesetzentwurf soll der Optionszwang gestrichen und die Mehrstaatigkeit hingenommen werden.

http://www.einbuergern.de/content/e1315/e1448/e3053/index_ger.html

<http://wider-den-optionszwang.de/aktuelles.html>

2. Soziales und Integration

c. Doch nicht zu links für den deutschen Pass

Quelle: taz, von Stefan Reinecke. Datum: 24.03.2010 und 24.02.2010

Der 20-jährige Hannoveraner Aram A. wird nun doch eingebürgert. Der Antrag des 2000 mit seinen Eltern aus Syrien geflohenen Abiturienten wurde wegen Bedenken des niedersächsischen Verfassungsschutzes zunächst abgelehnt, weil Aram A. in der DKP-nahen Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend aktiv ist. Diese sei eine "Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung". Offenbar in Reaktion auf öffentlichen Druck setzte sich die Stadt Hannover jetzt über die Bedenken hinweg, der Antrag wird bewilligt.

Zuvor hatte bereits die aus ähnlichen Gründen verweigerte Einbürgerung von Linkspartei-Mitglied Jannine Menger-Hamilton für Aufsehen gesorgt. Schließlich erhielt aber auch die als Pressesprecherin der Linksfraktion im Kieler Landtag tätige Menger-Hamilton ihren deutschen Pass. Zu den Querelen um die Einbürgerung hatte sich unter anderem der ehemalige Bundesjustizminister Eduard Schmidt-Jortzig (FDP) kritisch geäußert.

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/aram-a-darf-deutscher-werden/>

<http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/linke-darf-doch-deutsch-werden/>

taz.de: Interview mit Ex-Justizminister Eduard Schmidt-Jortzig (FDP) zum Thema.

<http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/das-alleine-darf-es-nicht-sein/>

d. Auch der Spiegel hat das Thema mit dem Titel „Gezerre um Einbürgerung: Linke darf Deutsche werden“ behandelt.

Quelle: SPIEGEL ONLINE-Politik. Datum: 18.03.2010

Von der Verfassungsfeindin zur Mitbürgerin: Erst nach jahrelangem Warten bekommt die Linken-Politikerin Jannine Menger-Hamilton einen deutschen Pass. Sie wirft dem niedersächsischen Innenministerium Blockade vor - und bekommt dabei Unterstützung von der Einbürgerungsbehörde.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,684363,00.html>

3. Interkulturelles & Vielfalt

e. Auftakt des Nürnberger Schülercampus "Mehr Migranten werden Lehrer"

Quelle: BAMF. Datum: 12.03.2010

30 Schülerinnen und Schüler mit Einwanderungsgeschichte nehmen vom 12. bis 15. März 2010 am Schülercampus "Mehr Migranten werden Lehrer" des Pädagogischen Instituts der Stadt Nürnberg teil. Das viertägige Orientierungsangebot ermutigt die 20 Mädchen und 10 Jungen, den Lehrerberuf zu ergreifen. Ihre Familien stammen aus 15 unterschiedlichen Ländern. Während der viertägigen Begegnung in Nürnberg lernen die Schüler die Vielfalt des Lehrerberufs kennen, sprechen mit Praktikern über Berufswege, Aufstiegsmöglichkeiten und die Wahl einzelner Fächer und hospitieren an Schulen. Dabei tauschen sich die Teilnehmer mit erfahrenen Experten aus, insbesondere mit Lehrern, die selber eine Einwanderungsgeschichte haben.

http://www.bamf.de/clin_101/nn_442622/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/DasBAMF/2010/100312-0007-Pressemitteilung.html

4. Solidarität & Fairness

f. Bessere Ausstattung für Frontex und mehr Schutz für Einwanderer

Quelle: Europäische Kommission – Die EU in Deutschland. Datum: 24.02.2010

Mit mehr Ausrüstung und Personal soll die europäische Grenzschutzagentur Frontex ihre Aufgaben künftig noch besser erfüllen. Die Europäische Kommission beschloss heute entsprechende Vorschläge, über die nun das Europäische Parlament und die EU-Regierungen im Rat beraten werden. Bislang fehlte es Frontex oft an Gerät und Personal. Künftig soll die Agentur auch eigene Ausrüstung kaufen können. Im Mittelpunkt der Vorschläge steht zudem ein stärkerer Schutz der Grundrechte. Ein Verhaltenskodex soll dafür sorgen, dass die Grundrechte von Einwanderern stets respektiert werden. Die Grenzbeamten dürften nur nach entsprechenden Schulungen an Einsätzen teilnehmen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9013_de.htm

5. Aktuelles

g. Bürger stellen sich gegen rechte Proteste im Ruhrgebiet



Quelle: DerWesten. Datum:26.03.2010

Auf die Polizei im Ruhrgebiet wartet ein heißes Wochenende. Ab heute, 26. März, plant die rechtsgerichtete Partei Pro NRW so genannte Mahnwachen vor Moscheen in sechs Ruhrgebietsstädten unter dem Motto „Abendland in Christenland“. Zeitgleich soll es mehrere Gegendemonstrationen geben. Aus Protest gegen die geplanten Aufmärsche will SPD-Parteichef Sigmar Gabriel die betroffenen Gotteshäuser in Oberhausen, Gelsenkirchen, Mülheim, Essen und Bochum besuchen, unter anderem begleitet von SPD-Landeschefin Hannelore Kraft und Sänger Peter Maffay.

<http://www.derwesten.de/nachrichten/Buerger-stellen-sich-gegen-rechte-Proteste-im-Ruhrgebiet-id2786666.html>

6. Curriculum Einbürgerung

h. Engagement gegen Rechtsextremismus stärken - Kindern und Jugendlichen Alternativen bieten

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. Datum: 24.03.2010

Der Rechtsextremismus ist durch eine gestiegene Gewaltbereitschaft verstärkt ins Augenmerk der Öffentlichkeit gerückt. Der Verfassungsschutz hat den Anstieg rechtsextremer Gewalt als „besorgniserregend“ bezeichnet.

Der Rechtsextremismus stellt darüber hinaus eine konstant hohe Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar. Gleichermaßen besorgniserregend ist der durch die Rechtsextremisten forcierte „Kampf um die Köpfe“.

Rechtsextreme Organisationen versuchen sich als sozial engagierte Alternative darzustellen und treten dabei betont gemäßigt und bürgernah auf. Sie gerieren sich als „Kümmerer“ und nehmen sich scheinbar der sozialen Sorgen der Menschen an, indem sie etwa Freizeitangebote für Jugendliche, Hausaufgabenbetreuung oder Beratungen zum Thema ALG II anbieten. Abseits der öffentlichen Wahrnehmung hat der Rechtsextremismus eine „Modernisierung“ erfahren und geht offensiv auf die bürgerliche Mitte zu. Mit rechtsextremen Musik-CDs und neuerdings auch Comics sind insbesondere Jugendliche im Visier der geschulten Funktionäre.

http://www.bagfw.de/fileadmin/media/Projekte_2010/GegenRechts/5_2009_BI%C3%A4tter_der_Wohlfahrtspflege.pdf

Impressum und Kontakt:

Dieser Newsletter wird vom Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE) herausgegeben. Die Herausgabe wird vom MGFFI des Landes NRW www.mgffi.nrw.de und von der IFAK e.V. www.ifak-bochum.de gefördert.

Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des ABE wieder. Sie können Ihr Abonnement unter der Emailadresse newsletter@einbuergern.de beenden.

Redaktion: Kenan Araz und Vera Moneke, Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE), Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Tel: 0234/9621012, Fax: 0234/ 0234/683336, www.einbuergern.de | abe@einbuergern.de